

„Man schämt sich“

Überwältigende Mehrheit der Nationalratsabgeordneten sprechen sich für eine Rücknahme der Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit aus.

VON CLAUDIA VITT

Es kann nicht wurscht sein, wenn eines der reichsten Länder auf Kosten anderer spart“, erklärt Annelies Vilim, Geschäftsführerin des Dachverbands AG Globale Verantwortung, anlässlich der drastischen Mittelkürzungen in der österreichischen Entwicklungshilfe. Im Rahmen der „Mir wurscht“-Kampagne der Arbeitsgemeinschaft Globale Verantwortung wurde die Bilanz der Gespräche mit österreichischen Nationalratsabgeordneten präsentiert – Thema: die Rücknahme der Kürzungen in der Entwicklungshilfe.

Hintergrund der Kampagne sind

Kürzungen der österreichischen Entwicklungshilfe von rund vierzig Prozent seit 2010. Österreich gehört bei der direkten Entwicklungshilfe zu den Schlusslichtern in Europa. Statt der für 2015 anvisierten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die globale Armutsbekämpfung und Katastrophenhilfe wurden 2012 nur 0,28 Prozent des BNE ausgegeben. Der dringende Appell der AG Globale Verantwortung lautet daher, die seit 2010 vorgenommenen Kürzungen zurückzunehmen. Außerdem soll die Erhöhung der Mittel für Entwicklungshilfe auf 220 Millionen und für den Auslandskatastrophenfonds auf 22 Mil-

lionen im Jahr 2017 festgelegt werden.

„Wir wissen, dass in Österreich die humanitäre Hilfe chronisch unterdotiert und organisatorisch fragmentiert ist“, erklärt Max Santner, Leiter der Internationalen Zusammenarbeit beim Roten Kreuz. „Im europäischen Vergleich ist das wirklich wenig“, so Santner weiter – „man schämt sich auf europäischem Parkett.“ „85 Prozent aller Europäer sind für die Erhöhung und Weiterführung der Entwicklungszusammenarbeit“, bekräftigt auch Johanna Mang von „Licht für die Welt“. „Die Abgeordneten des hohen Hauses haben das verstanden“, schließt

sich Christoph Schweifer von der Caritas an.

113 persönliche Gespräche wurden von NGO-Vertretern mit den Abgeordneten des Nationalrats über die Kürzungen im EZA-Budget geführt. „Das Ergebnis ist eindeutig: Es ist ihnen nicht wurscht“, weiß Michael Bubik, Rektor der Diakonie Eine Welt und Vorstandsvorsitzender der AG Globale Verantwortung. Nur zwei Abgeordnete (jeweils von FPÖ und BZÖ) sprachen sich für weitere Kürzungen aus. „Die im Überschwang der Krise durchgepeitschten Kürzungen von 2010 sind längst zurückzunehmen“ – schließlich sei genug Geld da. „Die Frage

ist jetzt, wie die Regierung darauf hört“, meint Bubik, und spielt damit auf das Bundesfinanzrahmengesetz an.

Konsequenz der Gespräche ist ein Entschließungsantrag, der von fünf Parteien unterstützt wird und der vorsieht, die Mittel für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Bundesfinanzrahmengesetz 2014-2017 anzuheben. „Ich kann nicht glauben, dass dieser Entschließungsantrag missachtet wird“, erklärt Schweifer. „Ich gehe davon aus, dass das politische System in Österreich funktioniert.“

Weitere Informationen finden Sie online unter www.mirwurscht.org.